

Kreistag lehnt Antrag zur Flüchtlingsaufnahme ab

Bündnis 90/Die Grünen und Linke scheitern trotz Unterstützung durch die SPD – CDU will Fluchtursachen bekämpfen

Von Karsten Wissner

LANDKREIS. Nach einer emotionalen Diskussion hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten des Stader Kreistags dagegen ausgesprochen, die Bereitschaft zu erklären, Schutzbedürftige aus griechischen Flüchtlingslagern oder von der türkischen Grenze aufzunehmen. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hatten einen entsprechenden Antrag gestellt. Obwohl die SPD den Antrag ebenfalls unterstützte, reichten 23 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen und 26 Nein-Stimmen der CDU, von den beiden AfD-Fraktionen, der Freien Wählergemeinschaft und des Landrates Michael Roesberg nicht.

„Auf Lesbos droht die Situation außer Kontrolle zu geraten. Die Lager sind siebenfach überbelegt“, schilderte Hartmut Holthusen, Co-Fraktionsvorsitzender

der Grünen, die Zustände gerade auf den griechischen Inseln. Hilfsorganisationen zögen ihre Mitarbeiter ab, rechtsextreme Schlägertrupps seien unterwegs. Das sei ein Ausverkauf christlicher Grundwerte. Linken-Fraktionsvorsitzender Benjamin Koch-Böhnke forderte: „Wir müssen handeln.“ Er sagte weiter, dass aus seiner Sicht Deutschland aufgrund von Waffenexporten und verfehlter Wirtschaftspolitik eine Mitschuld für die Fluchtursachen trage.

Für die CDU antwortete der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann: „Der deutsche Beitrag bei der Aufnahme ist enorm und bleibt enorm.“ Solche Beschlüsse gehörten aber auf Bundesebene. Deutschland habe in Europa am meisten Menschen aufgenommen. „Aber Deutschland kann nicht alle Probleme der Welt alleine lösen.“ Menschen

hätten ein Recht auf Heimat. Es müssten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Menschen vor Ort bleiben könnten.

» Auf Lesbos droht die Situation außer Kontrolle zu geraten. Die Lager sind siebenfach überbelegt.«

Hartmut Holthusen, Co-Fraktionsvorsitzender der Grünen

Auch Johann Schlichtmann, Abgeordneter der Freien Wählergemeinschaft und Bürgermeister von Oldendorf, sprach sich gegen den Antrag aus. Es gebe viele übergeordnete Institutionen, die sich mit dem Thema befassten. Er erinnerte an die große Bereitschaft von Ehrenamtlichen, während der großen Flüchtlingskrise

2015 zu helfen. „Aber überfordern Sie uns nicht.“

Die Befürworter der Resolution überzeugte das nicht, sie wollten den Antrag als Signal für einen weltoffenen und humanitären Landkreis Stade verstanden wissen. Der Buxtehuder SPD-Politikveteran Hans-Uwe Hansen forderte die Bundesregierung auf, sich bei der zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen nicht hinter anderen EU-Staaten zu verstecken. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Protze schilderte seine Erfahrungen mit einer Flüchtlingsfamilie als Leiter der Harsefelder Flüchtlingsunterkunft. Die habe sich mit vier Kindern auf den Weg gemacht, und zwei seien auf der Flucht ertrunken. „Sie tun in Berlin einfach zu wenig“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Verena Wein-Wilke, und die SPD-Abgeordnete Astrid Bade warf Grundmann vor, kein Wort

zum Inhalt des Antrags gesagt zu haben. Die SPD hatte ihre Zustimmung zum Antrag erklärt, nachdem Grüne und Linke den Hinweis auf den sogenannten Königsteiner Schlüssel, die Verteilungsgrundlage für Flüchtlinge, in ihren Antrag aufgenommen hatten. Tatsächlich wäre also kein zusätzlicher Flüchtling aufgenommen worden.

Die emotionale Diskussion führte schließlich zu einer der seltenen Interventionen von Landrat Michael Roesberg (parteilos) in solchen politischen Debatten. „In der humanitären Aufgabe sind wir uns alle einig, aber niemand hier verantwortlich für das Unglück der Welt. Wir nehmen Menschen auf. Nicht für alles, was wir selbstverständlich machen, brauchen wir einen Kreistagsbeschluss.“ Die Abgeordneten der AfD beteiligten sich nicht an der Debatte.